

Europa – Zweckgemeinschaft mit begrenzter Haftung

Die Krise offenbart den Vorrang ökonomischer
und nationalstaatlicher Interessen

„Die Einigung
Europas gleicht dem Versuch,
ein Omelett zu machen,
ohne die Eier kaputt zu schlagen.“

Paul Lacroix, französischer Autor
und Journalist (1806–1884)



Die fortdauernde Schuldenkrise mehrerer Mitgliedsländer beschert der EU ihre bislang größte Bewährungsprobe. Ob der sogenannte Fiskalpakt vom Dezember 2011 die Wirtschafts- und Währungsunion tatsächlich auf ein stabileres Fundament gestellt hat, ist inzwischen fraglich. Die Wirtschaft allein genügt nicht als Kitt der europäischen Nationen; der relative Wohlstand unterliegt der Gewöhnung, bildet noch keine Identität und fördert auch nicht die Überwindung nationalstaatlichen Denkens.

Ein europäisches Reich kannte schon die römische Antike. Verbindendes Element war der politische Einflussbereich des militärisch potenten römischen Imperiums, das das gesamte südliche Europa und den Mittelmeerraum umfasste. Es galten einheitliche Normen und Gesetze, Latein war Amtssprache und das Christentum als Staatsreligion eine weitere Klammer im Vielvölkerreich. Im Mittelalter versuchte das karolingische Großreich, anknüpfend an das römische Beispiel, heterogene Völker zu vereinen. Auch hier bildete die Religion die Klammer, die – notfalls mit Gewalt, wie etwa die Zwangsmissionierung der Sachsen zeigte – angewandt wurde.

Im Zeitalter säkularisierter Staaten und der Trennung von Staat und Kirche spielt die Religion auf diesem Kontinent allenfalls noch indirekt eine Rolle. Wichtiger als die Frage nach den territorialen und kulturellen Grenzen Europas ist heute die nach der politischen und wirtschaftlichen Stabilität eines Beitrittskandidaten; wobei auch die Vorgabe, dass natürlich nur lupenreine Demokratien in die EU dürfen, flexibel ausgelegt wird, wie das Beispiel des folgenlos die Pressefreiheit begrenzenden Ungarn anschaulich zeigt.

Von der Kraft der Symbole

Bei früheren Versuchen, ein vereintes Europa zu schaffen, stand die politische Konfliktvermeidung im Vordergrund. Der deutsche Reichsaußenminister Gustav Stresemann und sein französischer Kollege Aristide Briand strebten zwischen den Weltkriegen eine deutsch-französische Verständigungspolitik an, die auf ein friedliches Europa abzielte. Ihr Konzept von Sicherheit, Entspannung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit sollte das Erfolgsrezept sein, wonach auf dem Kontinent für immer die Waffen zu schweigen hätten. Für ihre Politik des gewaltfreien europäischen Interessenausgleichs erhielten die beiden 1926 den Friedensnobelpreis. Doch umsonst führte Stresemann drei Jahre später den Völkern Europas noch mal die Dringlichkeit eines politischen Zusammenschlusses vor Augen: Die Europäer seien sich ihrer gemeinsamen Stärke nicht bewusst, im Kleinstaatlichen befangen, es fehlten entsprechende Maßnahmen mit Symbolkraft: „Wo bleibt die europäische Münze? Wo die europäische Briefmarke?“, fragte er die Delegierten im Völkerbund (siehe Seite 18).

Auszug der Rede von Gustav Stresemann vor dem Genfer Völkerbund am 9. September 1929

„Ist es nicht grotesk, daß Sie auf Grund neuer praktischer Errungenschaften die Entfernung von Süddeutschland nach Tokio um 20 Tage verkürzt haben, sich aber in Europa selbst stundenlang mit der Lokomotive irgendwo aufhalten lassen müssen, weil eine neue Grenze kommt, eine neue Zollrevision stattfindet, als wenn das Ganze ein Kleinkrämergeschäft wäre, das wir in Europa innerhalb der gesamten Weltwirtschaft noch führen dürfen? Neue Industrien werden aus nationalem Prestige begründet. Sie müssen geschützt werden, müssen sich selbst neue Absatzgebiete suchen und können oftmals kaum im eigenen Lande diejenigen Absatzmöglichkeiten finden, die ihnen die Rentabilität sichern. Wo bleibt in Europa die europäische Münze, die europäische Briefmarke?“



Das hoffnungsfroh begonnene Unterfangen scheiterte mit der Wirtschaftskrise im selben Jahr, in der die Nationalstaaten getrennte Lösungen anstrebten. Einer der bekanntesten Protagonisten des folgenden Zweiten Weltkriegs war auch ein bekennender Europäer: Sir Winston Churchill. Als Premierminister Großbritanniens bewahrte er im Krieg mithilfe seiner alliierten Bündnispartner Europa vor einer dauerhaften Barbarei der Nationalsozialisten und machte sich frühzeitig um eine Neuordnung des Kontinents Gedanken. So motivierte er bereits im Februar 1943 mit seiner „Note on Post War Security“ die beiden alliierten Staatshäupter Roosevelt und Stalin, gemeinsam einen „Council of Europe“ zu schaffen, die Keimzelle einer europäischen Regierung. Grundvoraussetzung war für Churchill, dass in einem vereinten Europa Frankreich und Deutschland partnerschaftlich zusammenkommen. In einer Rede vor Studenten in Zürich am 19. September 1946 formulierte Churchill, dass in den „Vereinigten Staaten von Europa“ kleine Staaten so viel wie Großmächte gelten müssten (siehe Seite 19 unten).

Von sechs zu 27 Mitgliedsstaaten

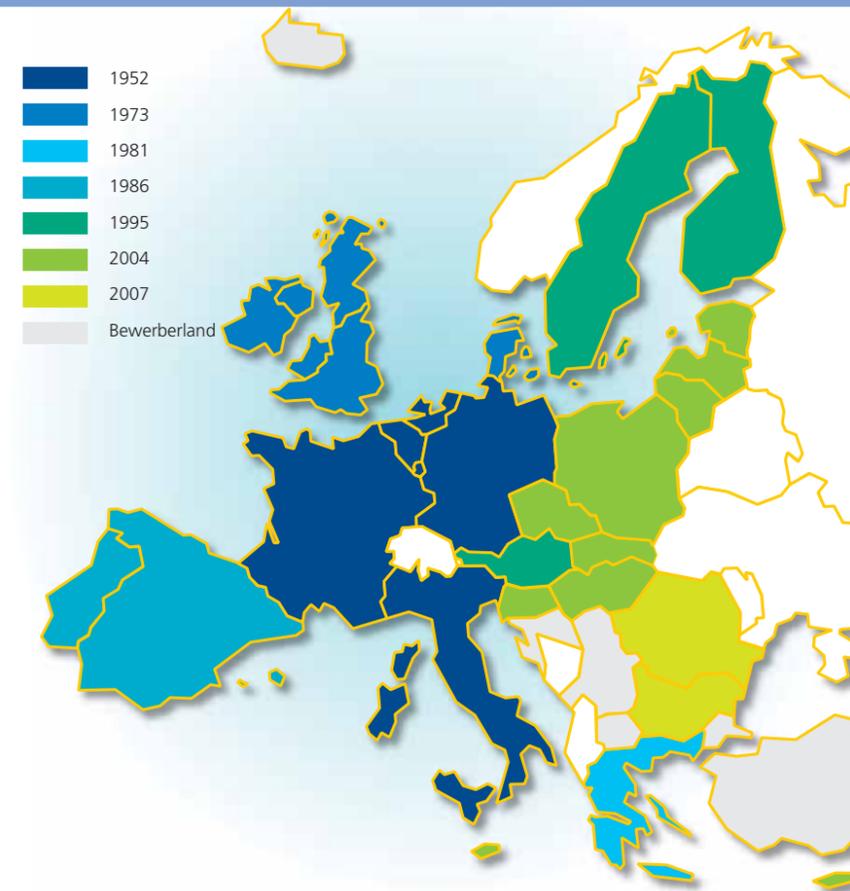
Die Vision des Briten wurde relativ schnell Realität: Bereits 1951 riefen sechs Länder (Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande) die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ins Leben. Die Zielsetzung war, die Länder des Kontinents wirtschaftlich und politisch zu vereinigen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) folgte dann 1957 mit den Römischen Verträgen durch dieselben sechs Staaten. In mehreren Erweiterungsrunden (die Briten selbst zierten sich übrigens bis 1973) traten bis 1995 weitere neun Mitglieder der EU bei. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende des Ostblocks wurden 2004 und 2009 zwölf neue Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa in die EU aufgenommen.

„Nicht bei der Wirtschaft anfangen, sondern bei der Kultur“

Nach einigen Jahrzehnten der massiven Erweiterung der EU in Richtung Osteuropa sehen wir heute ein Bündnisgebilde, das territorial auf dem Kontinent die genannten früheren Großreiche längst übertroffen hat. Die kulturelle Vereinigung Europas und Akzeptanz in der Bevölkerung indessen hielt mit dem Prozess nicht Schritt. So bemerkte bereits der französische Unternehmer Jean Monnet, einer der Väter der europäischen Integrationsidee, selbstkritisch an: „Wenn ich das Ganze der europäischen Einigung noch einmal zu machen hätte, würde ich nicht bei der Wirtschaft anfangen, sondern bei der Kultur.“

Manche Verhältnisse in der EU sind bis heute noch nicht vereinheitlicht und gleichen dem eingangs von Lacroix zitierten Dilemma mit dem Omelett. Heute wie damals gibt es „überlappende Autoritäten, multiple Loyalitäten, unklare Grenzziehungen und eine Vielzahl an miteinander im Wettstreit stehenden universalen Ansprüchen“, konstatiert der Oxforder Europaforscher Jan Zielonka die Gemengenlage (Zielonka, 2012).

Dies ist umso fataler, als es Europa, der EU, auch an historischem Bewusstsein mangelt: Es gibt keine europäische Geschichte, nur eine Geschichte europäischer Nationen. Mit dem Bestreben nach Westintegration und schneller wirtschaftlicher Genesung blieb eine Auseinandersetzung mit alten nationalen Gegensätzen und Verfehlungen außen vor. Ein „europäischer Gedächtnisraum“ existiert nicht. Die Reaktionen einzelner Länder im Zuge der Euro-Schuldenkrise verdeutlichten, dass der „alte, konfliktrichtige Zustand Europas nicht einfach vergessen und vergeben ist, sondern im kollektiven Gedächtnis der Völker nachwirkt“ (Liebert/Müller, 2012). Der Rückfall in nationale Stereotypen ist auch Ausdruck einer unbewältigten Vergangenheit, und noch immer: einer Fremdheit.



Auszug der Rede von Sir Winston Churchill „An die akademische Jugend“ in der Universität Zürich am 19. September 1946



„I am going to say something that will astonish you. The first step in the recreation of the European Family must be a partnership between France and Germany. In this way only can France recover the moral and cultural leadership of Europe. There can be no revival of Europe without a spiritually great France and a spiritually great Germany. The structure of the United States of Europe, if well and truly built, will be such as to make the material strength of a single state less important. Small nations will count as much as large ones and gain their honour by their contribution to the common cause. The ancient states and principalities of Germany, freely joined together for mutual convenience in a federal system, might take their individual places among the United States of Europe.“